BESCHLUSSVORLAGE STADTRAT

Verzicht auf die Zuständigkeit für die Festsetzung und die Auszahlung von Kindergeld

Beratungsfolge

18.11.2019	Personalausschuss	nicht öffentlich
26.11.2019	Stadtrat	öffentlich

Beschlussvorschlag

Die Stadt Puchheim erklärt nach § 72 Abs. 1 Satz 3 EStG gegenüber dem Bundeszentralamt für Steuern den Verzicht auf die Zuständigkeit für die Festsetzung und Auszahlung des Kindergeldes.

Vorschlagsbegründung

Für die Gewährung von Kindergeld an Angehörige des Öffentlichen Dienstes sind abweichend vom Regelfall nicht die Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit, sondern die jeweiligen Anstellungsträger als Familienkassen zuständig (§ 72 Abs.1 Satz 1 Einkommenssteuergesetz - EStG). Mit Gesetz vom 08.12.2016 (BGBl. I. S. 2835) wurde den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts die Möglichkeit eingeräumt, gegenüber dem Bundeszentralamt für Steuern auf die Zuständigkeit für die Festsetzung und Auszahlung des Kindergeldes zu verzichten. Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt dann die Zuständigkeit. Der Übergang erfolgt erst nach Bestätigung des Bundeszentralamtes und wird im Bundessteuerblatt bekannt gemacht. Zahlreiche Kommunen haben bereits den Verzicht erklärt.

Die Verwaltung hat im Personalausschuss am 26.06.2017 auf diese Möglichkeit hingewiesen und sich um einen Übernahmetermin bemüht. Bei der großen Menge an verzichtswilligen öffentlichen Trägern wurde eine längere Wartezeit in Aussicht gestellt.

Die Stadt Puchheim hat derzeit 42 Kindergeldberechtigte und 72 Kindergeldfälle, die durch die Personalverwaltung abgerechnet werden. Im Wesentlichen ist die Kindergeldsachbearbeitung unproble-

matisch, aufwendige Fälle wie Rückforderungen, Abzweigungen, Aufrechnungen etc. kommen außerordentlich selten vor. Gleichwohl müssen die Mitarbeitenden sich fachlich auf dem neuesten Stand halten und auch entsprechend geschult werden, um über die Ansprüche fehlerfrei befinden zu können. Das kostet Zeit und Geld, ohne dass eine inhaltliche Eindringtiefe erreicht werden könnte, wie sie großen Familienkassen zur Verfügung steht. Auch entsteht ein gewisser bürokratischer Aufwand in der Abwicklung, vor allem auch für die Prüfung der Kindergeldberechtigung von volljährigen Kindern. Letztlich entstehen hier Verwaltungskosten, die ohne nennenswerte Nachteile für die Beschäftigten durch Verzicht auf die Zuständigkeit vermieden werden können. Durch eine Fallübergabe ist sichergestellt, dass die Zahlungen unterbrechungsfrei weiter erbracht werden. Die Beschäftigten müssen dazu nichts unternehmen. Allenfalls der Zahlungszeitpunkt (bislang zum Monatsende mit dem Entgelt) kann sich verschieben.

Das Bundeszentralamt hat der Verwaltung nunmehr den Jahreswechsel 2019/20 als möglichen Umstellungszeitpunkt benannt. Insgesamt rät die Verwaltung dazu, auf die Festsetzung und Auszahlung des Kindergeldes künftig zu verzichten. Für eine verbindliche Verzichtserklärung braucht es eine Entschließung des Stadtrates.

Finanzielle Auswirkungen

Keine wesentlichen Einsparungen; zeitliche Entlastung von Mitarbeitenden zugunsten anderer Aufgaben der Personalverwaltung.

Fachbereich: Zentrale Dienste

Freigabe:

Bearbeiter/in: Frau Maier